

(Abg. Amann [Sozdem.])

wohl immer mit einer für sie sicheren Mehrheit im Landtag wird rechnen können.

Wir werden deshalb das Gesetz ablehnen (Erneutes Lachen und Zurufe von den Nationalsozialisten).

Abg. Dr. Brähler (D. Natl.):

Wir haben eigentlich nicht geglaubt, zum Ermächtigungsgesetz überhaupt sprechen zu brauchen. Verschiedene Bemerkungen des Herrn Abg. Dr. Föhr jedoch machen es notwendig, daß wir uns dazu äußern: Schweigen könnte vielleicht als halbe — unter Umständen sogar als ganze Zustimmung gedeutet werden.

Der Herr Abg. Dr. Föhr hat hier in den Saal hineingerufen, daß es in Baden kein Parteibuchbeamtentum gegeben habe (Lachen bei den Nationalsozialisten). Nicht einmal innerhalb der wenigen Minuten, die mir jetzt zur Verfügung stehen, ist es schwer, eine ganze Fülle von Beispielen aus dem Kopfe her zu zählen, um Ihnen, Herr Abg. Dr. Föhr, nachzuweisen, daß wir vierzehn Jahre lang in Baden ein schwarzes und manchmal auch ein goldenes Parteibuchbeamtentum gehabt haben — wie in jedem anderen deutschen Lande auch. Wenn vielleicht die Dinge nicht so brutal nach außen in die Öffentlichkeit getragen worden sind, so mag das an der auf diesem Gebiet bewiesenen besonderen „Geschicklichkeit“ der damals führenden Männer gelegen haben (Händeklatschen und Bravorufe der nationalsozialistischen Fraktion). Ich darf sie aber darauf aufmerksam machen, Herr Abg. Dr. Föhr, daß zum Beispiel auf der Ministerbank ein Mann sitzt, der von dem früheren Innenminister Kemmele en canaille behandelt wurde, damals aber hat das Zentrum nicht „Gott mehr gehorcht als den Menschen“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der nationalsozialistischen Fraktion), denn sonst hätte es sein großes Gewicht in die Waagschale werfen müssen, um das Unrecht zu verhindern. Aus der Faust sage ich Ihnen auch noch folgendes: Ich erinnere mich sehr genau, wie in der Stadt Freiburg zum Entsetzen, darf man sogar sagen, des damals amtierenden und dem Zentrum angehörenden Oberbürgermeisters zwei Schuldirektorenstellen in wüstem Ruhhandel ausgehandelt worden sind. Die eine Stelle bekam die Sozialdemokratie, die andere nahm das Zentrum (Gelächter bei den Nationalsozialisten).

Weiter weise ich darauf hin, daß unser Parteifreund, der Reichstagsabgeordnete und jetzige Landgerichtspräsident Dr. Hanemann in diesem schwarzen Staat immer und immer wieder übergangen wurde, trotzdem er erstens glänzend qualifiziert ist als Richter, trotzdem er zweitens jahrelang in den Kolonien draußen gewesen ist, trotzdem er drittens im Krieg 4 Jahre an der vordersten Front gestanden hat. Das spielte gar keine Rolle! Die Ausflüchte, die wir immer wieder von dem betreffenden Minister zu hören bekamen, wenn wir uns erkundigten, wann nun endlich der Deutschnationaler Dr. Hanemann Landgerichtspräsident würde, wurden immer fadenscheiniger. Auch hier im Parlament sind wir einmal auf diese Dinge zurückgekommen, und ich darf Sie daran erinnern — aber Sie werden sich noch sehr gut selber daran erinnern! — wie damals das Zentrum versucht hat, dem Landgerichtsdirektor Dr. Hanemann etwas anzuhängen, damit gewissermaßen nach außen hin der Beweis geliefert werden könne, er sei nicht qualifiziert zum Landgerichtspräsidenten (Zuruf des Abg. Dr. Föhr: Er hätte in den Dienst gehen sollen!). „Er hätte in den Dienst gehen sollen!“ Ich bitte Sie doch, machen Sie keine solchen Zwischenrufe! Dr. Hanemann ging immer in den Dienst, wenn er nicht in Berlin im Reichstag oder in Ausschüssen tätig gewesen ist. Wir haben es jedenfalls nicht für notwendig gehalten, denjenigen Beamten aus Ihren Reihen, die in Ihren Fraktionen saßen, so „nachzugehen“, wie Sie es, vergeblich natür-

lich, versuchten bei deutschnationalen Parlamentariern. Sie haben hier in einem Jahre zugegeben, daß der Landgerichtsdirektor Dr. Hanemann fruchtbarste Arbeit in Berlin im Rechtsausschuß des Reichstags geleistet habe, und das nächste Jahr mußte das Blättlein gewendet werden aus den durchscheinendsten Gründen!

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß wir einmal hier im Landtag einen „schwarzen Freitag“ gehabt haben. Das Wort stammt von dem damaligen Staatspräsidenten Dr. Schmitt. Wir von der Rechten haben damals, einschließlich der Nationalsozialisten, ein sehr kleines Häuflein, die Personalpolitik der badischen Regierung unter die Lupe genommen, vor allem bezüglich zweier Stellen, nämlich der Landesforstmeisterstelle, die (zum Zentrum) von Ihnen besetzt wurde, trotzdem die schwersten sachlichen Bedenken dagegen geltend gemacht wurden, und der Oberpostpräsidentenstelle, die ebenfalls einem der Ihrigen zugänglich gemacht wurde. An all diese Dinge braucht man ja nur kurz zu erinnern. Ich könnte Ihnen aber weiter aus der Tiefe des Gemüts ein Duzend Beispiele liefern, wo rechtsstehende Beamte zurückgesetzt wurden. Es gab ja eine Zeit, wo ein Beamter nicht einmal Nationalsozialist sein durfte, wo das verboten war von der Regierung, wo nur Ihre Leute das Rennen gemacht haben, und auch bei gleicher Qualifizierung, ja bei besserer Qualifizierung war es nicht möglich, daß andere Leute hochkamen. Ich sage und ich verrate kein Geheimnis damit, daß es selbst Zentrumsleuten angst und bang ob dieser Personalpolitik geworden ist. Sie rächt sich heute, wie alles auf Erden. Diejenigen, die nur ein bißchen staatsmännisches Gefühl in den Fingerspitzen gehabt haben, mußten schon in den letzten Jahren merken, daß die Dinge nicht gut ausgehen können. Daß ich selbst Wunden unter dem schwarzen System erhalten habe, das empfinde ich schon lange als ein Ehrenzeichen. Eine Änderung des Systems mußte kommen, damit ich wieder in meinen alten Beruf zurückkehren konnte. Soviel zu diesen Dingen.

Sie sagen, für den Bruch der Ketten von Versailles hätten Sie immer gekämpft. Ja, warum hat denn Erzberger seinerzeit gesagt: „Wir müsse alles zugeben und alles zugeben, dann werde sie uns verzeihen?“ Warum ist denn die Nationalversammlung, die ursprünglich eine Einheitsfront gewesen ist, gegen dieses Schanddiktat von Versailles, warum ist sie umgefallen? Das war die erste große Lüge, das war das erste große Glied in der Sklavenkette, die wir schleppen seit damals. Warum ist es dem Herrn Erzberger damals gelungen, nachdem zuerst eine Einheitsfront bestand, und nach dem Reden konnte man ja sogar annehmen, daß es eine starke Front sein würde von rechts bis links hin, warum ist es ihm damals gelungen, die Weimarer Parteien zum größten Teil umzureden? Warum ist das Zentrum damals nicht dagestanden und hat gesorgt, daß im deutschen Volk schon von jenen Tagen des Mai und Juni des Jahres 1919 an der Widerstandswille ganz systematisch gezüchtet wurde? Das war unsere historische Aufgabe, Herr Dr. Föhr, in diesen 14 Jahren, daß wir vom ersten Tage an diesen Widerstandswillen im Volk gezüchtet haben. Gott sei Dank gilt dieser Wille heute in unserem Staat. Infolgedessen wird es uns auch gelingen, die Ketten von Versailles zu zersprengen (Abg. Dr. Föhr: Lesen Sie nach, was Schulz-Bromberg gesagt hat!). Ach, auf diesen Zwischenruf habe ich nur gewartet, den haben Sie früher schon einmal gemacht. Sie behaupten ja immer, es sei von Herrn Schulz-Bromberg namens der Deutschnationalen eine Ehrenerklärung für die Ja-Sager in Weimar abgegeben worden. Das ist eine agitatorische — na, sagen wir einmal „Wahrheit“ — Herr Dr. Föhr! (Lachen). Die deutschnationale Fraktion hat es strikte abgelehnt, eine Ehrenerklärung abzugeben, die anderen Parteien haben das getan. Bitte, lesen Sie das Protokoll der Nationalversammlung nach, und Sie werden das feststellen müssen.

(Abg. Dr. Brähler [D. Natl.]

Nun könnte man vielleicht sagen, es waren damals furchtbare Zeiten, wir waren ein ausgemergeltes, niedergeschlagenes, hungriges Volk, und es blieb nichts anderes übrig. Aber es ging ja freiwillig, nicht gezwungen weiter, und zuletzt hat man uns den Youngplan zugemutet, der uns bis zum Jahre 1938 in die Sklaverei verkaufen sollte (Abg. Dr. Föhr: Ich habe dagegen gestimmt!). Sie sind diesmal einer der weißen Raben im Zentrum, das soll zugegeben werden (Lachen). Es steht aber fest, daß Ihr offiziellster Vertreter in der damaligen badischen Regierung, der Herr Dr. Schmitt, der badischen Bevölkerung 500—700 Millionen Steuererleichterungen bei Annahme des Youngplans versprochen hat. Das Volk ist in seiner Mehrheit damals noch auf diese Dinge hereingefallen. Es hat den damaligen Staatsmännern in seiner Mehrheit geglaubt. Es mußte erst an seinem Körper verspüren, wie entsetzlich sich gerade dieser Youngplan dann in den Jahren 1930, 1931, 1932 und 1933 fortzeugend, immer Böses gebärend, auswirken mußte. Wahrhaftig aber, Sie vom Zentrum hätten es vermeiden können, daß wir 14 Jahre lang den Weg durch die Hölle gehen mußten.

Und nun der christliche Staat! Sie wissen, daß auch wir immer für den christlichen Staat eingetreten sind. Es ist richtig, daß bei einer Gelegenheit — ich glaube übrigens nicht, daß es mein Kollege Dr. Schmitthener gewesen ist, sondern daß ich selbst es war, — von uns erklärt wurde, daß hier in Baden die Gottlosenpropaganda nicht den Umfang annehmen konnte, und daß das wohl auch Ihr Verdienst sei. Das ist möglich. Wie aber war es im größten Lande, im maßgebenden Lande Preußen? Ein Exponent der Sozialdemokratie, der sich ausdrücklich als solcher bezeichnet hat, wurde mit Ihrer Hilfe Kultusminister! Lassen Sie sich einmal aus den evangelischen Gebieten Preußens sagen, wie dieser Mann gewütet hat, ohne daß Sie in Ihrem christlichen Sinne eingegriffen haben. Sie hätten auch dort die Möglichkeit der Kündigung der Koalition gehabt. Dissidentische Schulräte in vielen evangelischen Schulen! Die Gottlosenbewegung ließ man sich erst 8 Tage austoben, und dann kam man an und ließ sie verbieten. Ja, aber ihr schändbares Werk hatte sie getan. Die Mehrheitsverhältnisse im Preussischen Landtag haben Sie wahrhaftig nicht zu derartigem Handeln genötigt, Sie hatten auch dort durchaus die Möglichkeit, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, genau wie hier im Lande Baden.

Sie erwarten jetzt einen gerechten Staat! Sie werden diesen gerechten Staat, davon bin ich überzeugt, bekommen. Wir aber haben 14 Jahre nach dem gerechten Staat geschrien und haben ihn in 14 Jahren nicht bekommen. „Justitia fundamentum regnorum“, sagen Sie jetzt, jetzt post festum, um beim Lateinischen zu bleiben. Hätten Sie an Ihrem Teil nur immer dafür gesorgt, daß die iustitia das Fundament der deutschen Staaten und des deutschen Landes überhaupt gewesen wäre! Sie hätten die Möglichkeit gehabt, denn Sie vom Zentrum waren in der beneidenswerten Lage, das Zünglein an der Waage zu sein in allen diesen Dingen (Zwischenruf vom Zentrum), in der Frage „christlicher Staat“, in der Frage „Parteiuchbeamtentum“, in allen wesentlichen anderen Fragen. Auch außenpolitisch sind Sie in der Lage gewesen, den Erfüllungskurs, wenn Sie nur wollten, umzubiegen, wenn Sie sich auf die immer stärker werdenden Kräfte auch mit gestützt hätten, auf die nationalen Kräfte, die heranwachsen in allen diesen Jahren, und die wir durch Verfolgungen hindurch — wir alle miteinander, die Nationalsozialisten, wir Deutschnationale, die SA-Leute, die SS-Leute und die Stahlhelmer — die wir — das ist heute unsere Freude und unser Stolz — in diesen 14 Jahren durchgetragen haben — nicht mit Ihnen, sondern gegen Sie — leider, füge ich hinzu, gegen Sie! Und wenn Sie sich jetzt in diesen nationalen Staat einfügen, loyal einfügen wollen, wie Sie es

zugesagt haben, im Geiste von Potsdam — den früher Ihr Minister Köhler verhöhnt hat, wenn Sie sich hineinfügen im Geiste des Tribunicus Rex, dessen Kopf auf der 10-Pfg.-Briefmarke einst als eine Beleidigung der Republikaner von dieser Bank herunter (auf die Regierungsbank deutend) durch Ihren Finanzminister Köhler bezeichnet wurde, wenn Sie sich abkehren von dem Neuweimarer Geiste und sich hinfinden zu dem Potsdamer Geiste, so daß eine wahre Volksgemeinschaft entstehen kann — wahrhaftig, wir freuen uns darüber, denn uns geht das deutsche Land über alles.

Dem Ermächtigungsgesetz werden wir als geborene antiparlamentarisch eingestellte Menschen selbstverständlich zustimmen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

#### Minister des Innern Flaumer:

Der Abg. Dr. Föhr hat sich darüber beklagt, daß dem in Schutzhaft befindlichen ehemaligen Reichsfinanzminister Köhler nicht Gelegenheit gegeben wurde, über die beiden Pfingstfeiertage den Gottesdienst zu besuchen. Die Regierung hat keine Weisung herausgegeben, daß den Schutzhäftlingen der Kirchgang unterlagt wird. Hier in diesem Fall lag insofern ein Irrtum vor, als der Gefängnisdirektor zwei Tage auf Urlaub war, und der diensttuende Inspektor nicht selbständig handeln wollte. Auf Verlangen des Ministers Köhler wurde ihm jedoch gestattet, daß er am Pfingstsonntag den Geistlichen zu Besuch bekam. Ich glaube, daß man aus diesem Anlaß nicht etwa folgern sollte oder folgern könnte, daß wir den Schutzhäftlingen die Ausübung ihrer religiösen Pflichten untersagen oder erschweren wollten. Wir haben diesen Vorfall zum Anlaß genommen, strengste Weisung an die Gefängnisanstalten und an die Lager zu geben, daß selbstverständlich allen Schutzhäftlingen Gelegenheit geboten wird, ihren religiösen Verpflichtungen nachzukommen. (Bravorufe beim Zentrum).

Bei dieser Gelegenheit darf ich aber, da der Herr Abg. Dr. Föhr wünscht, daß die Schutzhaftregelung in Baden so gestaltet wird, wie sie jetzt in Württemberg vorgesehen ist, auch darauf hinweisen: Württemberg hat zur Zeit noch über 2000 Schutzhäftlinge, wir in Baden haben im Augenblick noch knapp 400. Sie ersehen daraus, daß wir in Baden nur in den allernotwendigsten Fällen von Schutzhaftmaßnahmen Gebrauch gemacht haben.

Ich darf bei dieser Gelegenheit überhaupt grundsätzlich ganz kurz über die Schutzhaft etwas sagen. Es bestehen da anscheinend sehr große Irrtümer. Man hat sich, wie ich vorhin hier hörte, auch im Ausschuß auf die Verfassung berufen in bezug auf die Schutzhaft der Abgeordneten; man glaubt da, eine Verletzung der Immunität konstruieren zu können. Ich bitte Sie, die Sie sich ja auf die Verfassung beziehen, den Kommentar, der ja von Ihnen sehr gerne zitiert wird, den Kommentar von Anschütz, nachzulesen; dort steht deutlich, daß die Schutzhaft nicht unter die Bestimmungen des Art. 37 der Verfassung zu rechnen ist. Die Schutzhaftmaßnahmen, die wir durchgeführt haben, sind lediglich zum Schutze der betreffenden Persönlichkeiten durchgeführt worden. Daß diese Persönlichkeiten heute schutzbedürftig sind, dessen können Sie versichert sein. Ich kann als Minister des Innern, der für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich ist, nicht dafür einstehen, daß heute Leute in Freiheit sind, die durch ihre ganze Tätigkeit in den letzten Jahren so viel Zündstoff angehäuft haben und deren Sicherheit ganz bestimmt nicht gewährleistet werden könnte. Wir haben die Schutzhäftlinge, wie in keinem anderen Land, so untergebracht, daß wirklich keine Klagen geführt werden können, und es ist ja